Nr. 201.2024
30. Oktober 2024

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

UNRWA-Verbot nicht hinnehmbar

***Sanae Abdi**, entwicklungspolitische Sprecherin:*

Die Entscheidung des israelischen Parlaments, jegliche Tätigkeit der UN-Hilfsorganisation UNRWA (*Englisch: United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*) auf israelischem Territorium zu verbieten, gefährdet die lebensnotwendige Versorgung von Millionen Menschen in Gaza. Die UN-Hilfsorganisation ist essenziell für das Überleben und den Schutz der palästinensischen Bevölkerung. UNRWA könnte de facto seine Aktivitäten im Westjordanland und Gazastreifen kaum fortsetzen, weil Israel die Grenzübergänge kontrolliert.

„Es gibt derzeit keine Alternative zu UNRWA, um die Menschen in Gaza zu versorgen. Das Hilfswerk koordiniert die gesamte humanitäre Hilfe zwischen den Vereinten Nationen und anderen humanitären Organisationen. Die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für die überlebenswichtige Hilfe für die palästinensische Bevölkerung würde angesichts des Verbots ins Leere laufen.

Die ohnehin schon katastrophale humanitäre Lage in Gaza würde sich dramatisch verschlechtern und die Hungerkrise verschärfen. Die internationale Gemeinschaft muss sich mit Nachdruck für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und für eine Aufhebung des Verbots einsetzen, um den Tod weiterer Zivilist:innen in Gaza, darunter besonders viele Kinder, zu verhindern.“

Impressum

Nr. 201.2024 / 30. Oktober 2024

Herausgeberin: Katja Mast
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag